

von selbst die Forderung, daß entweder die preussische Verfassung zurückgezogen oder auf alle deutschen Bundesstaaten ausgedehnt werden muß. Ein dahin gehendes Entschließen ist denn alsbald an den Reichstagen ergriffen und, da keine Antwort erfolgte, jetzt erneut worden. Sollte das Reichslandparlament eine entsprechende Anregung aus eigenem Antriebe nicht geben wollen, so wird die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache kommen. Unmöglich kann ein politischer Zustand anstreifen erhalten werden, wonach in einem Bundesstaate erlaubt ist, was in andern verboten ist.

Das gescheiterte Sozialengesetz.

Vor einigen Tagen erteilte er eine Erklärung des Herrn v. Helldorff mit, in der er den neuerlichen Darstellungen der konservativen Presse über das Scheitern des Sozialengesetzes vom Januar 1890 entgegentrat. Gegen diese Helldorff'sche Erklärung wendet sich nun der Abg. v. Kardorff in den „Ber. N. N.“ und zwar behauptet er, daß er und seine Partei die preussische Politik der Konservativen nicht gebilligt hätten, die darauf hinauslief, das abgelehnte Gesetz in Folge zu bringen in der Erwartung, daß dann die Entwidlung der Dinge zu schärferen Maßregeln führen werde. Er habe damals abgesehen, Herrn v. Helldorff zu warnen zu begreifen, um dessen Meinung zu erfordern. Als Helldorff vom Friedrichshagen zurückkehrte, teilte diese ihm mit:

1. Daß er es annehmen schmerzlich gefunden habe, mit dem Herrn Reichstagspräsidenten zu verhandeln, der sehr unrichtig gewesen sei. 2. Daß er den hiesigen Bismarck die Ansicht der deutsch-konservativen Fraktion mitgeteilt habe, bei der Abstimmung über das ganze Gesetz dieses zum Scheitern zu bringen, falls die Änderungen der Kommission Annahme gefunden hätten. 3. Daß er den Parteien dahin richtig verstanden zu haben glaube, daß hiermit mit solcher Zäsur der Fraktion einverstanden sei. Die konservative Fraktion sprachte darauf das Gleich zum Scheitern, weil sie mit solcher Abstimmung des Reichstages dem hiesigen Bismarck und den Absichten der verschiedenen Regierungen zu entsprechen glaubte.

Herr v. Kardorff sagt dann weiter:

Herr Bismarck hat sich gegen mich persönlich später auf das Schärfste und nachdrücklichste gegen die Unterstellung verwahrt, daß das Scheitern des Gesetzes in seinen Wünschen gelegen habe, und ich kann in diesem Punkte mich nicht selbst behaupten, daß Herr von Helldorff ihn in die verbindlichste Weise misverstanden hätte, woran bei mir nichts ein Zweifel besteht. Aber Herr von Helldorff war leider von der Wichtigkeit seiner eigenen Annahmen so durchdrungen, daß es ihm sehr ersticklich ist, wie er aus den Erörterungen des hiesigen Bismarck die Zustimmung herauszubringen vermochte. Er verstand eben das Bewußt, was er selbst wünschte.

Denn gegenüber meint aber die „Nat.-Zg.“, daß nach ihrer Kenntnis der damaligen Sachlage Herr von Helldorff mit seiner Darstellung insofern im Rechte lie, als er und die konservative Fraktion bereit waren, für das abgelehnte Gesetz zu stimmen, falls Herr Bismarck nicht widerspräche, daß Herr von Helldorff aber keinerlei Meinungsbänderung des Reichstages erlangen konnte. Auch die „Zf. Zg.“ glaubt aus ihrer Erinnerung des damaligen Vorganges, daß Herr von Helldorff den hiesigen Bismarck nicht misverstanden hätte, und daß dieser, der sich dem Kaiser gegenüber in Arbeiterfragen längst unerschrocken, absichtlich das Sozialengesetz durch seine positive Haltung hat scheitern lassen, weil er wohl auch glaubte, daß die Entwidlung der Dinge dann später zu anderen schärferen Maßregeln führen und ihm recht geben werden.

Kanalfragen.

In der Frage des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin ist der Wettbewerb zwischen den Befürwortern des westlichen und des östlichen Weges seit einigen Tagen auch äußerlich in die Erscheinung getreten. Der vereinigte Ausschuss zur Begutachtung des Projekts hat sich aufgelöst, nachdem Herr Ernst Günther als Protektor und der Centralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt den Vorstoß niedergelegt hatte. In der Folge aber hat der Herrzog am 2. d. das nachstehende Telegramm an den Vizepräsidenten des Reichstages für die wissenschaftlichen Interessen des Reichs gerichtet:

Durch Ausschreiben der Berlin-Stettiner Vertreter sowie der Mitglieder des Centralvereins eruchte Geschäftsleitung

des Vereinigten Ausschusses kann durchführbar und Auslösung notwendig. Ich beschließe jedoch, mich jetzt ausschließlich den Interessen des Ostens zu widmen, dessen Mitglieder dem Programm des vereinigten Ausschusses treu geblieben sind, hoffe auf Ihre Unterstützung.

Offiziell ist bereits gemeldet worden, daß dem Landtage Entwürfe beider Projekte vorgelegt werden sollen. Geschieht das, so ist erst recht zu befürchten, daß durch den Streit zwischen Ost und West die Sache selbst in die Brüche geht — natürlich zur Freude der Agrarier.

In einer großen Aussprache der Centralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt erbat Abg. Dr. Ernst Günther, wie der Vorstand sich zu den beiderseitigen Interessen des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin stelle, nachdem der „vereinigte Ausschuss“ für dieses Projekt sich alsbald in einen „vereinigten“ Ausschuss umgewandelt habe und die beiden hervorragendsten Persönlichkeiten für den Bau dieses Großschiffahrtsweges, die Stadt Berlin und die Stadt Stettin sowie die Kaufmannschaft daselbst, aus dem Ausschuss ausgeschlossen sind. Gemeinhalt Wittich und Prof. Fubendey, die beiden Vorgesetzten des Centralvereins, erklärten hierauf, daß sie aus Anlaß dieser Unmöglichkeit gleichfalls aus dem vereinigten Ausschuss ausgetreten seien. Herr Ernst Günther habe eine Generalsammlung des vereinigten Ausschusses beantragt, die wahrheitsgemäß Gemeinhalt Schwabach einberufen wird. Der Centralverein sei nicht der Ort, diese Angelegenheit auszufragen. Sollte unter den Interessenten sich eine Einigung erzielen lassen, so würden sie gern bereit sein, in den Ausschuss hierzu wieder einzutreten. Wir lassen hier noch ein Schreiben folgen, das der Vorstand des Centralvereins den Mitgliedern hat zugehen lassen, und in dem es heißt:

In vorstehenden Wägen sind zwei preussische Abgeordnete enthalten sind dieses mal von besonderer Bedeutung für die Binnen-schiffahrt-Interessen, da ihr Ausfall dafür entscheidend werden kann, ob die regierungsmäßig angelegte große Kanalvorlage dem Landtage angenommen wird oder nicht. Unter den Wahlkreisen und Parteiprogrammen, welche seitens der großen politischen Parteien erlassen sind, kommt für uns vorzugsweise derjenige der Deutsch-Konservativen in Betracht, in deren Reihen sich bislang die meisten grundsätzlichen Gegner der Wasserstraßen befinden haben. Wir glauben, die Mitglieder des Centralvereins und seiner Zweigvereine, sowie der Kanal- und Schiffvereine auf die Notwendigkeit hinweisen zu sollen, auf der Hut zu sein und insbesondere nach Kräften im Sinne der Deutsch-Konservativen in Sorge zu tragen, daß eine unangenehme Umwälzung der Kräfteverhältnisse im späteren Verlauf der Verhandlung, welche Bedeutung die weitere Entwidlung des Verkehrs auf den Wasserstraßen für das Allgemeinwohl und die Erhaltung der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber hat. Ebenso müssen wir ersuchen, es immer weitere Kreise darüber zu belehren, daß die Binnen-schiffahrt nicht allein eine ebenbürtige Schwester der Eisenbahn ist, sondern auch an und für sich einen volkreichtigen Faktor im Erwerb- und gewerblichen Leben bildet, dessen Stagnation durch Unterbindung der weiteren Entwidlung unübersehbar volkswirtschaftliche Nachteile haben würde.

Der preussische Handelsminister hat den Oberpräsidenten Beyer und Bittermann in Sachen des Reichs eine eingehende Darstellung darüber erbracht, wie hoch der Einfluß der heftigsten Verbesserung der Wasserstraßen Berlin-Oder (Sprek) (sachten) auf den Absatz inländischer Rohstoffe zu schätzen ist. Der Verein hat sich daraufhin gegen den Kanalbau erklärt, und wenn der Kanal gebaut wird, Kompensationen verlangt, da auf dem geplanten Kanal, auf welchem Fahrzeuge mit 600 Tonnen Tragfähigkeit fahren können (während auf dem alten Kanal die Tragfähigkeit der Schiffe 170 Tonnen nicht überschreiten darf), die Einfuhr englischer Rohstoffe nach Berlin stark begünstigt würde.

Verwaltung und Reichsfrage.

Die „Kreuztg.“ bespricht die Uebertragung der Verwaltung des Eisenbahnministeriums an das Landwirtschaftsministerium. In dem das Blatt die Einrichtung eines besonderen Ministeriums für Banangelegenheiten als besonders agrarfeindlich bezeichnet, führt es u. a. folgendes weiter aus:

Wir haben das feste Vertrauen zu der Staatsregierung,

daß ein anderer Vorschlag niemals ihre Billigung finden wird. Sollten wir uns hierin täuschen, so halten wir die Folgen in vollster Beziehung für außerordentlich verhängnisvoll. Das seit dem Niedrtritte des Grafen Caprivi mißtrauen wiedererwonnene Vertrauen der landwirtschaftlichen Vertreter zur Staatsregierung würde durch diese Maßregel sofort wieder verloren gehen und dann — wie sich hoffen sehr überzeugt — nur schwer wieder gewonnen werden können.

Das Blatt will weiter die Landwirtschaftsminister und die landwirtschaftlichen Vereine auf, der Staatsregierung gegenüber in dem (d. h. der Agrarier) berechtigten Wünsche Gehör zu verschaffen. Die „Kreuztg.“ ist, wie es scheint, überzeugt, daß, wenn die Agrarier laut genug schreien, die Minister sich beugen, ins Manesloch zu kriechen. Jedenfalls muß der Nutzen ein großer sein, den sich die Agrarier von der Unterstellung des gesammten Banwesens unter das Ministerium für Landwirtschaft versprechen.

Ein unter 3. d. ergangener Erlaß des Eisenbahnministers bestimmt über den Bahnfahrplanverleg folgendes:

Die obige Vorchrift, nach der die Lokalfahrten für alle Wägen, die von 9 Uhr morgens an den Verladern zur Verfügung stehen, und deren Verladung bis zum Schluß der Tagesgeschäftsstunden als ausgedehnt zu erachten ist, erst am 1. d. d. 9 Uhr morgens in 9 Uhr abends, hat für die Verladenden keinen besonderen Nachteil, für die Entladenden aber unverhältnismäßig hohe Nachteile, da der Nachbetrieb der Eisenbahn die große Zahl dieser Wägen nicht mit zu lassen kann und diese Zeit vortheilhaft Güterbetriebe für die Wägen verloren ist. Ich will daher — in der Absicht, die allgemeine Abfertigung der Abfertigten auch zu Zeiten des Wägenmangels flüssig zu übermitteln — den Vorbehalt des Staatsbahnwagenverbandes über die Festsetzung der Lokalfahrten dahin genehmigen, daß für die Wägen, deren Abfertigung und Bereitstellung dergestalt erfolgt, daß spätestens um 9 Uhr vormittags die Lokalfahrt beginnt, und deren Abfertigung über Empfänger innerhalb eines Umkreises von zwei Kilometern von der Station, woher der Abfuhr der Wägen- und Entladefahrten, vorbehaltlich der Berücksichtigung der Wettbewerbsverhältnisse mit fremden Bahnen, allgemein auf dem Schluß der Geschäftsstunden der Abfertigung der Wägen erfolgt. Die Lokalfahrten von zwei Kilometern von der Station, so daß die Wägen oder Abfertigung innerhalb der nächsten 12 Tagestunden von dem Zeitpunkt der Bereitstellung an zu erfolgen. Diese Änderungen treten am 1. Januar u. z. in Kraft. Vorbedingung für eine umfassende Wirkung der Lokalfahrt wird, daß die Wägen, deren Abfertigung bis spätestens um 9 Uhr vormittags fertig gestellt sind, und daß die Verladenden der Empfänger vom Eingang des Gütes so rechtzeitig erfolgt, daß die Wägen oder Entladefahrt vormittags 12 Uhr abläuft. Es wird eine besondere Vorbedingung sein, alles vorzubereiten, was der Abfertigung und Abfertigung erforderlich ist, entsprechend organisiert wird, und daß die Abfertigung dergestalt erfolgt, daß die Lokalfahrt spätestens um 9 Uhr beginnt.

In Bezug auf die Frage der Standgelberhebung verpflichtet der Minister der Anstalt bei, daß zu Zeiten des Wägenmangels in Bezug auf die Erstankung erhobenen Standgelbes seitens sämtlicher Eisenbahndirektionen die gleiche Praxis dahin befolgt wird, daß Erstattungen auf solche Ausnahmefälle beschränkt werden, die eine außerordentliche Berücksichtigung erfordern.

Nachdem der Bundesrat seine Meinungen wieder aufgenommen hat, wird voraussichtlich auch die lippische Erbschaftsfrage bald in ein Urteil abzuurteilen sein, und sich sehr entschieden, ob der Bundesrat sich zufrieden erklärt oder nicht, in dieser Angelegenheit ein Votum abzugeben, womit ein wichtiges Votum geschaffen würde. Die Mehrzahl der Sachgelehrten meint die Zulässigkeit der hohen Körperpflicht.

Die Berliner Polizei hat auch den neuesten Wägen nicht abgesehen, daß die „Kreuztg.“, eine neue Wägen, die die Polizei in der Hand zu nehmen. Die Berliner Polizei, so schreibt das rheinische Blatt weiter, hat zu viel zu thun mit Scherzereien, ferner mit Straßensperren an festlichen Gelegenheiten, hohen Beiden und, endlich in auch die politische Polizei ist sehr ungesund, die sich überdies mit manchen Dingen beschäftigt, bei denen ein amtliches Interesse

Am Himmel darüber lobeten die Sterne

Als laut der Tag vor hundert Jahren war. So hebt der Festprolog an den Ernst von Wilhelmsburg, der letzte große Schillerprolog, zu dieser Aufführung gedichtet hat. Er war gewiß der berufenste dazu, denn kein anderer unserer zeitgenössischen Dichter würzelt seinem ganzen Empfinden nach so in Friedrich Schiller's Werke, wie er. Davon zeugen auch die Verse, aus denen heilige Gesteirnung für sein großes Vorbild glüht, wenn auch ihr Gedankenehalt etwas mager und dürftig erscheint. Herr Grube bringt den Prolog mit seinen dem Prolog, ganz charakteristisch in jenem Stil, der vor hundert Jahren das Entzünden der Weimarer Theaterbegeisterung bildete. Ersichtlichweise wurde dieser Stil im Verlaufe der Aufführung nicht festgehalten, vielmehr zeigte sie, wie ich oben erwähnt, daß die Weimarerische Bühne sich die Fortschritte der modernen Schauspielkunst zu eigen gemacht hat und wieder in ihrem wohlgerundeten, temperamentvollen Verlauf, das die Weimarerische Schauspielkunst, der sich die Mitglieder unter Karl Heiler's selbstbestimmter Leitung unterworfen hatten, nicht unwohl gewesen war. Herr Baron v. Sigmund, der Intendant des Hoftheaters, hat sehr vernünftig an, als er in der Prologmündung an der Seite seiner Gattin erschien. Er hatte das Recht dazu; der gefristete Abend war ein Ehrenabend des ihm unterstellten Instituts.

Was an der Aufführung des „Lagers“ besonders wohlwollend berührte, war, daß das charakteristische Werk Lagerverben fröhlich herausgehoben war, ohne daß die Dichtung dabei zu kurz kam. Am rechten Platz trat das Gemimmel und der Krum ein, aber kein Vers wurde dadurch verdrängt und niedergebort. Klar und verständlich wickelte sich im Vordergrund des farbigen Bildes der Dialog ab und jede Gestalt kam zu ihrer vollen Geltung.

Nach einer einständigen Mittagspause begann die Aufführung der „Piccolomini“, der um 7 Uhr die des letzten Teiles der Trilogie folgte. Sie vollendete in schöner Weise, was im „Lager“ so verheißungsvoll begonnen war. Man füllte es in jeder Scene, daß die Darsteller, Mann für Mann, sich bewußt waren, daß es hier eine Übung der Schiller'schen Manen galt. Nicht sich selbst, das aber nicht jeder bemüht ist, rechte Kraft zu zeigen und die Freiheitgestimmung, die auf der Bühne herrsche, werte in der dichtgeprägten Dichtung darzustellen. Mit gutem Beispiel ging den weimarerischen Künstlern nach zur Darstellung des letzten Teiles berufenen Gast voran

eines eigenen Hoftheaters. Die letzte Schauspielertruppe, die sich in Weimar produziert hatte, die Gesellschaft Helms, bot Leistungen von so zweifelsloser Güte, daß der Kontrakt mit ihr gelöst wurde und Herr Carl August das Theater in ein wirkliches Hoftheater unter Goethe's Leitung zu verwandeln beschloß. 1791, am 7. Mai erfolgte die Gründung. Man gab Hamlet's „Jäger“, denen ein Prolog Goethe's vorausging. Aber der Titan von Weimar hatte zunächst wenig Freude an der ihm unterstellten Bühne. Mit den Darstellern aber er mußte Arbeit und das Material, das ihm an Werken vorlag, war auch nicht weniger als bedeutend. Der 12. Oktober bedeutet den Umwandel in einen Verfallenen, den Wendepunkt in der Geschichte des Weimarerischen Theaters, dessen große, glänzende Zeit von diesem Tage an datirt. Mit ihm beginnt der Niedergang der Weimarerischen Schule. „Die Schauspielerliste sollte“, wie Julius Hart sagt, „von hier aus verreckt werden und einen neuen Stil erkennen, der den germanischen Nationalismus, wie ihn die Hamburg-Schreyder'sche Richtung festhielt, durch das Weiden des klassisch-hellenistischen Nationalismus verdrängen wollte. Sie nahm in der Weimarer Schule eine hohe und edle Bildung an und lernte tiefes, festes Leben zum Ausdruck bringen. Schwingung und Adel der Gestalte; aber sie kehrte auch wieder zur Deklamation und zur Pose, zu dem äußerlichen Theaterpiel der alten französischen Bühne zurück.“

Das für Schiller der Erfolg des 12. Oktober bedeutet, kann man sich vorstellen, wenn man erwägt, daß er eine Aufführung des „Wallenstein“ überhaupt nicht mehr für möglich hielt, nachdem er sich entschlossen hatte, das in Prosa begonnene Werk in Verse zu bringen. Er hatte sogar ausdrücklich darauf verzichtet. Und nun war es doch gegangen, war so glänzend gegangen. Trotzdem es jetzt gerade um seine Gesundheit mangelte, ging er doch, besitzig von dem Erfolge, mit Hingabe an die weitere Arbeit. Im Dezember vollendete er die „Piccolomini“, die am 30. Januar 1799 zur Aufführung kamen, und im März „Wallenstein's Tod“, der im April auf der Bühne erschien. Welchen Siegeslauf das Werk seiner zurückgelegt, ist seltlich bekannt. Aber begonnen wurde dieser Siegeslauf in Weimar.

Wenn also jetzt überall die deutschen Theater sich zur Wallensteinfeier rüsten, so dürfte die Weimarerische Hofbühne nicht zurückbleiben: Im Gegensatz, sie mußte vorausgehen. Und das hat sie gethan. Sie hat bereits gestern eine Gesamtansammlung des Schiller'schen Festes, durch die sie

auf Schlagendes bewies, daß sie heute, wie vor hundert Jahren, eine Hütten und Pfleger der wahren Kunst ist, daß sie die Traditionen aus der Zeit der Dämonenstürme heilig hält, ohne sich slavisch an sie zu binden, vielmehr, auf ihrem ruhenden, weiter zu bauen und dem guten Alten das gute Neue organisch einzugliedern versteht.

Rängt vor der für den Beginn der Aufführung festgesetzten Stunde wogte die Menschenmenge auf dem Theaterplatz hin und her, wo Kiesel's Standbild der beiden Könige des Geistes in feierlicher Größe aufragt. Das Haus selbst bot einen dem außerordentlichen Eindruck entsprechenden festlichen Anblick, dichtgefüllt in allen Rängen. Sogar das Orchester war geräumt und hatte noch sieben Schreier aufnehmen müssen. Vorn an der Bühne zog sich eine Gruppe von Vorbereitungen und Wappentänzen hin. Aus ihrer Mitte erhob sich die kolossalste Schiller's, den vollen Vorbereit auf dem Haupt. Die Zubereitungen in gespannter Erwartung. In der Protagonistengruppe neben verschiedenen Hoftheaterleitern, dem Festgastgeber Herrn v. Wittich und dem ehemaligen Leiter der hiesigen Bühne, Herrn von Ebst, Julius Sigmund, der Erzieher der Schillerkinder, mit dem interessanten Charakterkopf, und die aristokratische Erscheinung des Schillerentelns, Freiherrn von Gleichen-Ruhnum. Auch die Jünger Professorvornell ist vertreten und die Schrifstellerergabe hat aus allen deutschen Gauen Vertreter der schönen Feier entsandt. Und zwischen all den Männern des Geistes ein reicher Dämonen, zu dem die Weimarer Pensionate ein erhebliches Kontingent gestellt haben. Die jungen Menschenblüten in ihren düstigen weiß- und rosafarbenen Kleidern, mit ihren blühenden Augen und frischen Wangen geben ein überaus anmuthiges Bild und beleben den festlichen Raum.

Die drei Schläge ertönen. Das Auditorium erhebt sich von seinen Plätzen und wendet sich der großartigen Loge zu, in der jetzt der Herr des Hauses erscheint, der festliche Protektor Herr Knuff, der greise, abertheure Großherzog, im Frack, den blühenden Stern auf der Brust, gefolgt von dem Erbgroßherzog und dem Prinzen Bernhard Heinrich. Glänzlich schreitet der hohe Herr an den Rand der Loge vor. Sein blühendes Auge umflirt die Versammlung, dann neigt er sein Haupt gütig zum Gruß und läßt sich nieder. Aufmerksam ertönen, der Vorhang rollt empor. Die Jubelansammlung beginnt.

Im Kostüm eines mittelalterlichen Heraldes tritt Herr Grube vor die Rampe:

